

Staatsterrorismus — warum und wie wird er verstärkt von den USA praktiziert?

- Ziel ist USA-Vorherrschaft in der Welt
- Befreiungskampf der Völker soll gestoppt werden
- Wachsender Widerstand gegen Politik der Gewalt

Der nationale und soziale Befreiungskampf der Völker, das Aufbegehren gegen neokolonialistische Ausbeutung und Ausplünderung haben einen weltweiten Aufschwung genommen. In vielen Ländern, in denen, wie Genosse Gorbatschow auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU ausführte, der Kapitalismus durch politische Manöver, Versprechungen und Bestechungen, militärische Drohungen und Erpressung, nicht selten auch durch direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten die früheren Beziehungen der wirtschaftlichen Abhängigkeit hinüberrettete, wehren sich die Völker machtvoll gegen imperialistische Bevormundung und Unterdrückung. Gegen diese Entwicklung, die Ausdruck des unaufhaltsamen Voranschreitens des revolutionären Weltprozesses ist, richtet sich der wütende Haß der aggressivsten und reaktionärsten Kräfte des Imperialismus, insbesondere in den USA. Mit demagogischen Hetzkampagnen versuchen sie, den Kampf der Völker um soziale und nationale Befreiung als eine angebliche Ausbreitung des „Terrorismus“, als eine „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ oder gar als eine „Gefahr für die freie Welt“ zu verketzern. Aber damit nicht genug. Diese Kräfte wenden in ihrem Kampf gegen den voranschreitenden re-

volutionären Prozeß zunehmend Mittel und Methoden an, die von der Weltöffentlichkeit und vom Völkerrecht übereinstimmend als Staatsterrorismus charakterisiert und gebrandmarkt werden. Staatsterrorismus, das heißt, von der Staatsmacht konzipierter, organisierter und praktizierter Terror im Innern des Landes und nach außen, ist keine neue Erscheinung im Imperialismus, er wird mehr oder weniger von vielen imperialistischen Ländern praktiziert. Eine starke staatsterroristische Komponente zeigt sich in der Innen- und Außenpolitik solcher imperialistischer Staaten wie Israel, Südafrika, Chile und anderer. Dennoch ist nicht zu übersehen: Hauptexponent einer eindeutig staatsterroristischen Politik sind in der Gegenwart die USA, die führende Macht des imperialistischen Lagers. Die aggressivsten und reaktionärsten Kreise der USA haben die Anwendung staatlichen Terrors zur Staatsdoktrin erhoben und setzen ihn völkerrechtswidrig als außenpolitisches Instrument mit dem Ziel ein, den revolutionären Weltprozeß zu stoppen, zurückzurollen und weltweit die Macht des Monopolkapitals unter Vorherrschaft des USA-Imperialismus wiederzuerrichten. Ausdruck dafür, wie in den USA der Terror zum Staatsrecht wurde, ist die geheime „Direktive

138 zur nationalen Sicherheit, die die USA-Regierung am 3. April 1984 beschloß. In dieser Direktive wird das angebliche Recht der USA postuliert, überall in der Welt mit den unterschiedlichsten Instrumenten einschließlich terroristischer Maßnahmen einzugreifen, wo sich die USA „bedroht“ sehen bzw. wo sie ihre Interessen als „gefährdet“ betrachten.

Die staatsterroristische Komponente in der Außenpolitik der USA ist in ihren Erscheinungsformen außerordentlich differenziert. Sie wechselt je nach den Erfordernissen in den Methoden und Zielen, und sie bedient sich neben offenen einer Vielzahl verdeckter und zuweilen schwer durchschaubarer Mechanismen. Dennoch sind einige ihrer Stoßrichtungen und Methoden klar auszumachen. Sie offenbaren sowohl die weltweiten konterrevolutionären Absichten der aggressivsten Kräfte der USA als auch die zu ihrer Realisierung eingesetzten unmenschlichen und friedensgefährdenden Mittel.

Eine solche Stoßrichtung US-amerikanischer staatsterroristischer Politik ist es gegenwärtig, nachweislich alle volksfeindlichen Regime auf der Welt mit dem Ziel zu unterstützen, den nationalen und sozialen Befreiungskampf der Völker einzudämmen. So praktizieren die USA mit der blutigen Militärdiktatur in Chile, dem rassistischen Apartheid-Regime in Südafrika, den Militärdiktaturen in einzelnen süd- und mittel-amerikanischen Staaten. Neben diplomatischer Unterstützung, beispielsweise durch die Verhinderung der Verurteilung dieser Regime in der UNO, zielen